

23

84

Union in Deutschland

Bonn, den 5. Juli 1984

Liebe Parteifreunde,

in Bonn beginnt die parlamentarische Sommerpause. Trotz einiger Schwierigkeiten, die wir inzwischen überwunden haben, können wir für die erste Hälfte des Jahres 1984 eine positive Bilanz ziehen. Hier sind einige wichtige Pluspunkte:

1. Familienpolitik

Durch unsere Entscheidungen für eine neue Familienpolitik bekommt die Familie wieder den ihr gebührenden Stellenwert. Diese Familienpolitik ist die größte Verbesserung der Situation der Familie seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Für 1986 werden zusätzlich über 8 Milliarden DM für die Familien mit Kindern zur Verfügung gestellt. Die neue Familienpolitik stellt nicht nur einen Erfolg für die Familien dar, sondern ist auch ein Erfolg für die CDU, da endlich verwirklicht wird, was die CDU seit Jahren gefordert hat.

Das von der Bundesregierung beschlossene Familienpaket umfaßt folgende Komponenten:

- Einführung eines Erziehungsgeldes in Höhe von 600,- DM pro Monat für die Dauer eines Jahres für Mütter oder Väter,
- Kinderfreibetrag von 2484,- DM,
- Kindergeldzuschlag bis zur Höhe von 45,- DM für alle Familien, bei denen sich wegen der geringen Höhe ihres Einkommens der Steuerfreibetrag nicht oder nicht voll auswirkt,

An unsere Leser

Trotz des mehrwöchigen Streiks in der Druckindustrie, von dem auch die Druckerei der UiD in ganz besonderem Maße betroffen worden ist, konnte der UiD unseren Lesern mit nur geringen Zeitverzögerungen zugestellt werden. UiD 23/84 ist die nunmehr letzte Ausgabe vor der Sommerpause. Die nächste Ausgabe, UiD 24/84, erscheint am 23. August 1984.

■ HAUSHALT '85

Gesundung der Staatsfinanzen kommt gut voran Seite 5

■ BUNDESTAG

Flick-Untersuchungsausschuß: Zwischenbilanz Seite 9

■ MEDIENPOLITIK

Kein Anlaß zu einer post- und medienpolitischen Kurskorrektur Seite 13

■ DOKUMENTATION

Schnelle Hilfe für die Bauern grüner Teil

- Wiedereinführung des Kindergeldes für junge Arbeitslose bis zu 21 Jahren,
- Stiftung Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens,
- Baukindergeld.

Ab dem 1. Januar 1986 wird es in der Bundesrepublik Deutschland erstmalig ein Erziehungsgeld geben. Mit seiner Einführung wird endlich das von der SPD geschaffene Zweiklassenrecht beim Mutterschafts-Urlaub überwunden werden. Bisher erhielten nur Frauen das Mutterschafts-Urlaubsgeld, die vorher abhängig beschäftigt waren. Die Hausfrau, die ihre Arbeitskraft der Familie gewidmet hat, die Bäuerin, die Winzerin und die Handwerksfrau waren vom Mutterschafts-Urlaubsgeld ebenso ausgeschlossen wie die Arbeiterin, die vor einem Jahr ein Kind bekommen hatte, bei ihm geblieben war und nun ein zweites Kind bekam. Sie alle erhalten künftig Erziehungsgeld.

Das Erziehungsgeld ist ein Baustein einer neuen Familienpolitik. Zu ihr gehören ferner die steuerliche Entlastung der Familien mit Kindern in Höhe von 5,2 Milliarden Mark, der Kindergeldzuschlag für 700 000 Familien mit niedrigem Einkommen und die Wiedereinführung des zum 1. Januar 1982 von der SPD abgeschafften Kindergeldes für junge Arbeitslose und Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Das alles bedeutet zusammen rund acht Milliarden Mark mehr für Familien.

Die Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ stellt den anerkannten Beratungsstellen jährlich 50 Millionen DM für schwangere Frauen zur Verfügung. Mit diesem Geld kann schnell und ohne bürokratischen Papierkrieg z. B. eine Haushaltshilfe für die ersten Wochen, die Babyausstattung

finanziert oder eine Wohnung besorgt werden. Wir wollen mit Erziehungsgeld, Kindergeld und Kinderfreibetrag erreichen, daß keine Frau deswegen, weil ein Kind auf die Welt kommt, in eine soziale Notlage gerät.

Mit der Einführung eines Baukindergeldes werden Bauherren und Erwerber mit Kindern steuerlich entlastet. Mit Wirkung ab 1. 1. 1987 wird für jedes im Haushalt des Steuerpflichtigen lebende Kind eine Entlastung gewährt.

Nach der Sommerpause wird über eine weitere wichtige Forderung der CDU entschieden werden, nämlich über die Anrechnung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung.

2. Steuerpolitik

Auch in der Steuerpolitik haben wir Wort gehalten. Die Eckwerte für die Steuerreform sind verabschiedet. Der Umfang der Entlastung bei der Einkommen- und Lohnsteuer wird über 20 Milliarden Mark betragen. Durch ein Gesetz wird dieses Entlastungsvolumen in zwei Schritten 1986 und 1988 erreicht. Neben der vollen Verwirklichung des familienpolitischen Teils wird es schon 1986 einen Einstieg in die Tarifreform geben. Ab 1. Januar 1988 wird der neue Tarif mit einer Gesamtentlastung von rund 15 Milliarden Mark voll in Kraft treten. Er wird vor allem den Beziehern mittlerer Einkommen zugute kommen, die unter der Steuerprogression besonders leiden. Die steuer- und familienpolitischen Entscheidungen haben wir ohne die Erhöhung anderer Steuern und Abgaben getroffen und realisieren diese Politik auch ohne das Ziel der Konsolidierung des Bundeshaushalts zu gefährden.

Für unsere weitere Arbeit gilt: Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik bleiben

auf einem klaren vorhersehbaren Kurs. Denn nur gesunde Staatsfinanzen und ein stabiler Geldwert schaffen die Basis für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

3. Stuttgarter Parteitag

Wir haben auf dem Stuttgarter Parteitag klare Entscheidungen zur Bewältigung der Herausforderungen der 80er Jahre gefällt, während die Sozialdemokraten auf ihrem Parteitag in Essen die Antwort auf die wirtschaftspolitischen Probleme schuldig bleiben. Sie sind ohne Konzepte in zentralen Fragen wie moderne Technik, Strukturwandel und Beschäftigung. Die SPD hat die Entscheidung über ihre zukünftigen Vorstellungen in der Wirtschaftspolitik auf den übernächsten Parteitag 1985 einfach vertagt.

4. Europapolitik

Bei der Europawahl am 17. Juni blieb die Union trotz einer Wahlbeteiligung von nur 59 Prozent mit 46 Prozent die mit Abstand stärkste Partei. Die SPD ist mit ihrer Absicht gescheitert, die Europawahl in eine Entscheidung gegen die Koalition der Mitte umzumünzen. Sie hat von allen Parteien die meisten Stimmen verloren. CDU/CSU und FDP haben zusammen über 50 Prozent der Stimmen erhalten.

Der europäische Gipfel in Fontainebleau wurde Dank der geduldigen und beharrlichen Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl zu einem Durchbruch zur Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft. Helmut Kohl trug dazu bei, einen für alle tragbaren Kompromiß mit Großbritannien zu realisieren, erreichte die Zustimmung der europäischen Regierungschefs zum nationalen Hilfspro-

gramm für die deutsche Landwirtschaft und es wurde Bewegung in den europäischen Umweltschutz gebracht. Diese erfolgreiche Europapolitik werden wir auch in Zukunft fortsetzen.

5. Wirtschaftliche Entwicklung

Der Wirtschaftsaufschwung hat sich auch 1984 fortgesetzt und muß gesichert werden. Das Bruttosozialprodukt ist im ersten Vierteljahr um 3,6 Prozent gestiegen. Der Arbeitsmarkt reagiert zwar langsam, aber die Zahlen signalisieren, daß der Abwärtstrend auf dem Arbeitsmarkt gestoppt ist. Seit März 1984 ist die Zahl der Arbeitslosen um über 420 000 zurückgegangen. Auf dem Felde der Arbeitsmarktpolitik hat die Regierung Erfolge zu verzeichnen, denn abseits des spektakulären und lautstarken Arbeitskampfes wurde die Vorruhestandsregelung in Tarifverträgen aufgenommen und von den Arbeitgebern und Gewerkschaften z. B. Nahrung, Genuß, Gaststätten, Chemie und Textil als die beschäftigungswirksame und vernünftige Alternative für Wachstum und Beschäftigung klar unterstützt.

Die Tarifpartner im Metallbereich haben zwischenzeitlich den Streik beendet. Die CDU hat sich auf dem Stuttgarter Parteitag gegen eine generelle Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich gewandt, da diese keine neuen Arbeitsplätze schafft und bestehende gefährdet. Wir haben aber gleichzeitig deutlich gemacht, daß wir nicht generell gegen Arbeitszeitverkürzung sind. Vielmehr müssen Arbeitszeitverkürzungen zu flexiblen Lösungen führen, die auch von Mittel- und Kleinbetrieben verwirklicht werden können. Dieser Teil des Tarifvertrags im Metallbereich kann positiv bewertet werden. Es gibt aber keinen Zweifel, daß dieser Streik der

Wirtschaft geschadet, den wirtschaftlichen Aufschwung gebremst und Arbeitsplätze gefährdet hat. Die Folgen des Streiks bis zur 7. Streikwoche einschließlich stellen sich so dar:

- Ausfall beim Bruttosozialprodukt 5 Milliarden DM
- Lohnausfall 1,6 Milliarden DM
- Ausfall bei Steuern und Beiträgen 1,75 Milliarden DM, davon Rentenversicherung 285 Milliarden DM, gesetzliche Krankenversicherung 286 Millionen DM, Beiträge zur Bundesanstalt für Arbeit 69 Millionen DM.

Es war ein politischer Streik gegen die Bundesregierung. Und dieser Streik richtete sich im Endergebnis gegen die Arbeitslosen. Wegen 1,5 Stunden weniger Arbeit bei vollem Lohnausgleich gibt es keine neuen Arbeitsplätze. Vielmehr muß jetzt ein Arbeiter in 38,5 Stunden das schaffen, was er vorher in 40 Stunden geleistet hat. Die Verantwortlichen für diesen Streik haben den Arbeitnehmern und Arbeitslosen einen schlechten Dienst erwiesen.

6. Umweltpolitik

In der Umweltpolitik hat die neue Regierung zur Verringerung der Luftverschmutzung die TA-Luft geändert und die Großfeuerungsanlagenverordnung verschärft, beides Maßnahmen, die bei der alten Regierung fünf Jahre liegen blieben. Zum 1. 1. 1985 wird bleifreies Benzin eingeführt. Der Bundesminister der Finanzen und der Bundesinnenminister werden zur Förderung des umweltfreundlichen Autos im Herbst Gesetzentwürfe vorlegen, die umweltfreundliche Kraftfahrzeuge bis zu sieben Jahren von der Kfz-Steuer befreien und bleifreies Benzin steuerlich begünsti-

gen. Unbeirrt verfolgen wir das Ziel „Schutz der natürlichen Umwelt“ mit neuen Lösungen, wie beispielsweise Umweltzertifikaten und durch den Einsatz moderner Technologie, um den Gegensatz von Ökonomie und Ökologie zu überwinden. Denn ohne moderne Technologie gibt es auch keinen wirksamen Umweltschutz.

Unser umweltpolitischer Grundsatz lautet: Wer umweltschädigend produziert, muß das am eigenen Geldbeutel spüren. Wer umweltfreundlich und energiesparend produziert, muß vom Markt belohnt werden. Den erfolgreichen Weg in der Umweltpolitik gehen wir weiter. Wir müssen sagen können, daß der Raubbau an der natürlichen Umwelt unserer Regierungsverantwortung gestoppt und eine Wende zum Besseren eingeleitet worden ist.

Die letzten Monate waren für unsere Arbeit nicht immer einfach, wir haben große Schwierigkeiten gemeistert, aber wir sollten nicht vergessen, daß wir wichtige Stationen am Beginn unserer Legislaturperiode erfolgreich zurückgelegt haben. Dies ist kein Grund zur Selbstzufriedenheit, denn vor uns liegen Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg und Landtagswahlen im Saarland, in Berlin und Nordrhein-Westfalen, die unseren ganzen Einsatz verlangen.

Zu Beginn der Ferienzeit wünsche ich Ihnen und Ihren Familien erholsame Urlaubstage.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Dr. Heiner Geißler MdB

BUNDESHAUSHALT 1985

Gesundung der Staatsfinanzen kommt gut voran

Das Bundeskabinett hat auf seiner Sitzung am 3. Juli den Entwurf des Bundeshaushalts 1985 und den Finanzplan 1984 bis 1988 beschlossen.

Der Ausgaberahmen 1985 beträgt 260,2 Milliarden DM. Das entspricht einer Steigerungsrate von 2,4 v. H. gegenüber dem voraussichtlichen Ist-Ergebnis 1984 von rd. 254 Milliarden DM; gegenüber dem Soll 1984 ergibt sich eine Steigerungsrate von 1,2 v. H.

Auch in den Jahren ab 1986 bleibt die Obergrenze der Steigerungsrate der Gesamtausgaben 3 v. H. Im Finanzplan steigen die Ausgaben 1986 auf 268 Milliarden DM, 1987 auf 271 Milliarden DM und 1988 auf 284 Milliarden DM.

Die Nettokreditaufnahme 1985 soll 23,97 Milliarden DM betragen. Im Vergleich zum bisherigen Finanzplan wird die Nettokreditaufnahme 1985 um fast 9 Milliarden DM vermindert. Für 1988 ist eine Nettokreditaufnahme von 22,4 Milliarden DM vorgesehen.

Zu den Kabinettsentscheidungen erklärte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg:

1. Mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 1985 und dem Finanzplan bis 1988 setzt die Bundesregierung den Kurs der wirtschafts- und finanzpolitischen Neuorientierung konsequent fort:

- Wir halten fest an der **ausgabepolitischen Leitlinie** vom Herbst 1982 und

Frühjahr 1983, die der Finanzplanungsrat vor wenigen Tagen für Bund, Länder und Gemeinden ausdrücklich bestätigt hat: **Die Bundesausgaben sollen auch ab 1986 um nicht mehr als 3 v. H. jährlich steigen.** Die hohen durchschnittlichen Wachstumsraten der Bundesausgaben in den 50er, 60er und 70er Jahren von 9, 8½ und 8 v. H. veranschaulichen das Ausmaß der Kurskorrektur in Richtung auf eine stetige und deutliche Verringerung des Staatsanteils am Brutto-sozialprodukt.

- **Die Politik einer Gesundung der Staatsfinanzen durch schrittweise Rückführung der öffentlichen Neuverschuldung wird ohne Abstriche weiter verfolgt.** Dies gilt auch unter dem Vorzeichen

- der geplanten Tarifentlastung 1986 und 1988,
- der familienpolitischen Maßnahmen,
- der höheren Beiträge für die Europäische Gemeinschaft und der Konsequenzen der EG-Beschlüsse für die nationale Agrarpolitik,
- notwendiger Aufstockungen der Ansätze in Einzelbereichen, insbesondere auch bei den internationalen Gewährleistungen und Bürgschaften.

Die weitere Rückführung der Neuverschuldung des Bundes wird ohne neue Eingriffe in gesetzliche Leistungen und ohne Erhöhung von Steuern erreicht.

Der vorrübergehende Wiederanstieg der Nettokreditaufnahme im Jahre 1986 geht vor allem auf die Mittelaufstockung für die EG und die vorgesehene erste Entlastungsstufe bei der Lohn- und Einkommensteuer zurück. In den Finanzplan ist gleichzeitig weiterhin ein erheblicher – wenn auch bis 1988 stark abfallender – Bundesbankgewinn eingestellt. Beides macht deutlich, daß mit den jetzt getroffenen Entscheidungen der finanzpolitische Spielraum voll ausgeschöpft wird.

Die Finanzpolitik bleibt auf ihrem klaren und vorhersehbaren Kurs. Dadurch wird es auch für die Deutsche Bundesbank leichter, eine stetige Geldpolitik zu betreiben und das für eine wachsende Wirtschaft notwendige Geld bereitzustellen. Nur gesunde Staatsfinanzen und ein stabiler Geldwert schaffen die Basis für eine soziale Politik, für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, für dauerhaft niedrige Zinsen und für eine deutliche Abkoppelung von dem hohen amerikanischen Zinsniveau. Sie geben dem Drängen auf Rückführung des überhöhten Defizits im amerikanischen Bundeshaushalt Glaubwürdigkeit und Gewicht.

II. Im einzelnen spiegeln Haushaltsentwurf und Finanzplan folgende Entscheidungen der Bundesregierung wider:

1. Senkung der Lohn- und Einkommensteuer

Ab 1986

- werden die Kinderfreibeträge von 432 auf 2484 DM erhöht; die Kinderadditive der Vorsorgeaufwendungen entfallen;
- werden die Grundfreibeträge um 324/648 DM auf dann 4536/9072 DM

für Alleinstehende bzw. Verheiratete erhöht;

- tritt der erste Teil der vorgesehenen Tarifverbesserungen in Kraft.

Ab 1988

- wird in einem zweiten Schritt die vorgesehene Tarifverbesserung bei der Lohn- und Einkommensteuer voll wirksam. Die steuerliche Grenzbelastung wird über den gesamten Progressionsbereich deutlich abgesenkt.

Das Volumen beider Entlastungsmaßnahmen bei der Lohn- und Einkommensteuer beläuft sich 1988 auf 20,2 Milliarden DM. Die kassenmäßigen Auswirkungen für den Bund in den Jahren 1986 bis 1988 (4,5/5,0/8,5 Milliarden DM) sind im Finanzplan des Bundes berücksichtigt. **Die Steuersenkungen erfolgen ohne einen Ausgleich durch Steuererhöhungen und ohne den Abbau von Steuervergünstigungen. Zugleich hat die Koalition aber auch festgelegt, daß zusätzliche Steuerentlastungen bis 1988 nicht in Betracht kommen.**

2. Familienpolitik

- **Das Mutterschaftsurlaubsgeld wird zu einem Erziehungsgeld für alle Mütter (bzw. Väter) von 600 DM monatlich erweitert.** Es wird ab 1. 1. 1988 zehn Monate lang, ab 1. 1. 1988 zwölf Monate lang gezahlt. In den ersten beiden Monaten wird das Mutterschaftsgeld angerechnet. Ab 7. Monat wird das neue Erziehungsgeld einkommensabhängig gezahlt.
- **Arbeitslose Jugendliche bis 21 Jahre erhalten ab 1985 wieder Kindergeld.**
- **Für Geringverdienende, bei denen der erhöhte steuerliche Kinderfreibetrag nicht voll zum Tragen kommt, wird ab 1986 ein Kindergeldzuschlag von bis zu 44 DM pro Kind eingeführt.**

3. Vorsorge für die Erhöhung der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaft

- Der Finanzplan enthält die im Zusammenhang mit dem Beitritt Spaniens und Portugals für 1986 vorgesehene Erhöhung der Bundesleistungen an die Europäische Gemeinschaft von 1 Prozent auf 1,4 Prozent der Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage.

4. Ausgleich für die Deutsche Landwirtschaft aufgrund der Entscheidungen der EG

- Die Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft ist mit Wirkung vom 1. Juli 1984 von 8 auf 13 v.H.-Punkte bis 31. 12. 1988 und auf 11 v.H.-Punkte bis 31. 12. 1991 als Ausgleich für den Abbau des Währungsgrenzausgleichs erhöht worden.

- Es ist eine Milchquotenankaufsregelung („Milchrente“) aufgrund der Begrenzung der Milchabnahme auf EG-Ebene eingeführt worden. Die Ansätze für die landwirtschaftliche Unfallversicherung werden auf 400 Millionen DM jährlich erhöht.

III. Darüber hinaus ist eine Reihe von neuen Maßnahmen in Angriff genommen worden, die keine finanziellen Auswirkungen für den Bundeshaushalt haben werden, jedoch von wesentlicher Bedeutung sind.

1. In der Wohnungsbaupolitik wurden Leitlinien für die steuerliche Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums für die jetzt erforderlichen Gespräche mit den Bundesländern festgelegt. Zu den wichtigsten Punkten gehören unter anderem:

- Die allgemeine Förderung wird entsprechend dem § 7 b EStG ausgestaltet, der Höchstbetrag wird von 200 000/

250 000 DM auf 300 000 DM heraufgesetzt. Die besondere Förderung für nicht selbstgenutzte Wohnungen entfällt.

- Alle Formen selbstgenutzten Wohneigentums werden gleichgestellt.
- Die Nutzungswertbesteuerung des selbstgenutzten Wohneigentums soll entfallen. Im Zusammenhang mit dieser Frage sind aber noch Folgewirkungen zu prüfen:
- Bauherren oder Erwerber mit Kindern sollen verstärkt gefördert werden. Bereits das erste Kind wird in die Förderung einbezogen. In den Gesprächen mit den Ländern soll die Ausgestaltung dieser Förderung besonders erörtert werden.

2. Der Bundesminister der Finanzen wird zur Förderung des umweltfreundlichen Kraftfahrzeugs im Herbst Entwürfe zur Änderung des Kraftfahrzeug- und des Mineralölsteuergesetzes vorlegen. Vorgesehen ist:

- Befreiung von der Kfz-Steuer für umweltfreundliche Kraftfahrzeuge ab 1. 7. 1985 für 5 bis 7 Jahre (Kfz bis 1500 ccm Hubraum 7 Jahre, bis 2500 ccm 6 Jahre, darüber 5 Jahre).
- Ausgleich durch Heraufsetzung der Kfz-Steuer für herkömmliche Kraftfahrzeuge ab 1. 1. 1986 von 14,40 DM/100 ccm auf 18 DM.
- Ausgleich der höheren Herstellungskosten bei bleifreiem Benzin und verstärkter Anreiz für Einsatz bleifreien Benzins im bleiunabhängigen Altwagenbestand durch Erhöhung der Mineralölsteuer um zwei Pfennig pro Liter für bleihaltiges Benzin und Senkung um einen Pfennig pro Liter für bleifreies Benzin.

EDU-Tagung in Oslo bestätigt Mock im Amt

Am 29. und 30. Juni 1984 fand in Oslo die 7. Parteiführerkonferenz der Europäischen Demokratischen Union (EDU) statt. Die EDU ist die 1977 gegründete Arbeitsgemeinschaft von christlich demokratischen, konservativen und anderen Parteien der Mitte in Europa. Ihr Vorsitzender, der Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei, Dr. Alois Mock, wurde in Oslo für zwei weitere Jahre in seinem Amt bestätigt. Die CDU-Delegation auf der Konferenz leitete Staatsminister MdB Philip Jenninger.

Die Konferenz nahm einen Bericht zur Europapolitik an, der in dem zuständigen Ausschuß unter Vorsitz von Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) erarbeitet worden war. Ferner billigte die

Fortsetzung von Seite 7

In Verhandlungen mit den Ländern soll geprüft werden, ob ein weiterer Anreiz über die Kraftfahrzeugsteuer möglich ist, ggf. auch durch eine stärkere Belastung neu beschaffter nicht-umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge. Sollte die nähere Prüfung ergeben, daß steuerliche Lösungen allein nicht den gewünschten Kaufanreiz bringen, ist zu erwägen, ob offene Subventionen in einer Übergangszeit ein geeignetes Instrument sein können.

Hierüber soll nach Gesprächen mit der EG-Kommission und den Ländern Anfang September eine abschließende Entscheidung der Bundesregierung herbeigeführt werden.

Konferenz Berichte zur Problematik des Satellitenfernsehens sowie über grenzüberschreitende Probleme des Umweltschutzes. Die Parteiführer diskutierten außerdem einen von Elmar Brok, MdEP (CDU), vorgelegten Bericht zum Problem der Jugendarbeitslosigkeit.

In der allgemeinen Debatte betonten die Parteiführer die Rolle des Europäischen Parlaments bei der weiteren politischen Integration Europas. Sie bekräftigten die Unterstützung der EDU für einen Beitritt Portugals und Spaniens zur EG und sprachen sich für eine Verstärkung von Kontakten zwischen der EG und anderen demokratischen Staaten Europas aus. Die EDU-Parteiführer betonten die Notwendigkeit, die Prinzipien der KSZE-Schlußakte in allen Signatarstaaten in größerem Ausmaß anzuwenden und drückten in diesem Zusammenhang ihre große Besorgnis über das Schicksal von Dr. Andrej Sacharow aus.

Die Parteiführer begrüßten die Bereitschaft der USA, Verhandlungen über nukleare Rüstungskontrolle ohne Vorbedingungen zu führen, und riefen zu einer Wiederaufnahme der INF- und START-Verhandlungen so früh wie möglich auf.

Deutsche Christdemokraten im Europa-Parlament konstituieren sich

Die Deutsche Gruppe in der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christliche Demokraten) im Europäischen Parlament hat auf ihrer konstituierenden Sitzung in Straßburg den Berliner CDU-Politiker Rudolf Luter zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Bereits in der abgelaufenen Wahlperiode hatte er dieses Amt geschäftsführend inne. Der CSU-Spitzenkandidat Fritz Pirkel, wurde stellv. Vorsitzender.

■ BUNDESTAG

Flick-Untersuchungsausschuß: – Eine Zwischenbilanz –

I. Vor rund einem Jahr hat der Flick-Untersuchungsausschuß seine Arbeit aufgenommen; es ist also Zeit für eine Zwischenbilanz, die der Ausschußvorsitzende MdB Langner für die Fraktion erstellt hat. Der Kern des Auftrags dieses Untersuchungsausschusses lautet:

Hat der Flick-Konzern Einfluß genommen auf Bundesregierung, Verwaltung, Mitglieder des Deutschen Bundestages und auf Parteien mit dem Ziel, steuerliche Begünstigungen im Zusammenhang mit der Wiederanlage des 1,9 Milliarden-DM-Gewinns aus dem Verkauf des Daimler-Benz-Aktien-Paketes zu erreichen?

Was bedeutet das für die Ausschußarbeit? Das bedeutet zunächst einmal, daß Vorgänge aus dem Zeitraum von 1974 bis 1981 zu untersuchen sind, mit allen Problemen, die sich sowohl aus der zeitlichen Ferne als auch aus der Länge des Zeitraums ergeben.

Das bedeutet weiterhin, daß der Untersuchungsausschuß einen Aktenberg zu bewältigen hat wie vermutlich kein anderer: Bisher stehen dem Untersuchungsausschuß ca. 90 Bände mit über 30 000 Blatt aus dem Bereich von Regierung und Staatsanwaltschaft zur Verfügung.

Um die Herausgabe von 36 Bänden Beweismittel streitet der Untersuchungsausschuß mit der Bonner Justiz derzeit vor dem Oberlandesgericht Köln. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts am 17. Juli dieses Jahres, in dem

es um die Frage geht, ob auch gegenüber einem Untersuchungsausschuß das Steuergeheimnis zu wahren ist, wird der Untersuchungsausschuß weitere Akten erhalten – je nach Urteil – geschwärzt oder ungeschwärzt.

Auf der Zeugenliste des Untersuchungsausschusses stehen derzeit 98 Zeugen, hiervon sind bisher nur 8, allerdings jeweils mehrtägig, gehört worden.

Die Arbeitsweise des Untersuchungsausschusses wird nicht unwesentlich bestimmt durch das ausgeprägte Minderheitenrecht, das einem Viertel, also drei Mitgliedern dieses Untersuchungsausschusses, das Recht einräumt, Beweisanträge durchzusetzen. Das eine Mitglied der Grünen hat es nicht schwer, zwei weitere Ausschußmitglieder für die Unterstützung seiner Anträge zu finden.

Die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses ist von Anfang an geprägt von der Parallelität mit anderen Verfahren:

- Zunächst das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen Dr. Friederichs u. a., dessen Abschluß der Untersuchungsausschuß auf Wunsch des nordrhein-westfälischen Justizministers abgewartet hat, bevor die öffentliche Beweisaufnahme begann.
- Jetzt das gerichtliche Zwischenverfahren, in dem über die Anklagezulassung entschieden wird.
- Schließlich findet ein Verwaltungsrechtsstreit zwischen Flick und dem Bundeswirtschaftsministerium um den

Widerruf der steuerlichen Begünstigungen für den Erwerb der Grace-Anteile statt.

- Außerdem spielen die Ermittlungsverfahren wegen Parteispenden eine gewisse Rolle.

All diese Verfahren haben Aussageverweigerungsrechte vor dem Untersuchungsausschuß zur Folge.

II. Was ist nun konkret bisher geschehen? Nach der intensiven Vorbereitungsphase haben wir im Januar mit den Zeugenvernehmungen begonnen, die bisher rund 110 Stunden in Anspruch genommen haben. Gehört wurden die 8 wichtigsten der bisher benannten 98 Zeugen, nämlich:

- **Aus dem Regierungsbereich:**
Dr. Friderichs, Dr. Apel, Dr. Graf Lambsdorff, Matthöfer und der ehemalige Bundeskanzler Schmidt
- **Aus dem Flick-Konzern:**
von Brauchitsch, Dr. Flick und Paefgen.

Dabei wurde deutlich, daß entgegen dem der Öffentlichkeit in der Vergangenheit vermittelten Eindruck der Flick-Konzern nicht nur zur FDP und ihren Ministern in jener Zeit Kontakte gepflegt hat, sondern auch zur SPD hin. Dies verwundert eigentlich nicht, denn erstens war die SPD in jener Zeit führende Regierungspartei und zweitens war es die SPD, in der es heftige Widerstände gegen die Erteilung von 6b-Bescheinigungen an Flick gab. Daß solche Gespräche aber meistens arrangiert wurden vom ehemaligen SPD-Schatzmeister und Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nau, der auch an solchen Gesprächen teilnahm, berührt merkwürdig. Bekannt wurde in diesem Zusammenhang, daß im Untersuchungszeitraum der Flick-

Konzern 2,76 Millionen DM an die Friedrich-Ebert-Stiftung gespendet hat.

Auch der damalige Bundeskanzler Schmidt hat sich nicht auf die Rolle des Beobachters beschränkt, sondern z. B. am 6. August 1980 verfügt, daß die ausstehende Entscheidung über die Flick-Anträge nicht vor der Bundestagswahl getroffen werden möge.

III. Diese Entwicklung, die von der SPD, der Betreiberin des Untersuchungsausschusses, offensichtlich so nicht vorausgesehen wurde, bleibt natürlich nicht ohne Einfluß auf die Ausschubarbeit.

Motor der Erfüllung des Untersuchungsauftrags ist die Union, allen voran unser Obmann, Dr. Hüsche. Seine Kenntnis von Vorgängen, die der SPD unangenehm sind, hat die SPD zu einer Beschimpfungskampagne gegen ihn veranlaßt; manchmal hatte man den Eindruck, die SPD interessiere sich mehr dafür, woher Dr. Hüsche dieses oder jenes wußte, als für die Erfüllung des Untersuchungsauftrags. Die bisherigen Ergebnisse sind wesentlich auch dem Berichterstatler, unserem Kollegen Bohl, zu verdanken, der spätestens seit der Aufklärung Apels Besuch in Flicks Jagdhütte als gefährlicher Fragesteller gilt.

Die Erfolge der Arbeit unserer Fraktion im Untersuchungsausschuß, die auch in der öffentlichen Meinung einen deutlichen Niederschlag gefunden haben, wären nicht möglich, wenn nicht die gesamte Gruppe, also auch die stellvertretenden Mitglieder, sich so stark bei Vorbereitung und Durchführung der Zeugenvernehmungen engagieren würden. Ich möchte auch erwähnen, daß die Zusammenarbeit mit der FDP-Fraktion, die von Herrn Baum im Ausschuß vertreten wird, sehr gut ist.

IV. Trotz der aus unserer Sicht günstigen Entwicklung dürfen wir nicht übersehen: Dieses Unternehmen Untersuchungsausschuß Flick schadet letztlich nicht nur SPD und FDP, sondern auch der Union.

- In der Öffentlichkeit werden Flick-Spenden generell als etwas negatives angesehen.
- Es wird kaum unterschieden zwischen Spenden in Richtung Regierung, um evtl. von dort etwas zu erhalten, und sonstigen Spenden, etwa an die Opposition.
- Ständige Vermischung mit den Parteispendenverfahren läßt den Eindruck entstehen, alles bewege sich im Bereich der Illegalität.
- Sicherlich hat dies alles auch Auswirkungen auf die Spendenbereitschaft.

Trotz allem dürfen wir nicht übersehen – und dies sollten wir alle offensiv vertreten –, daß der Flick-Untersuchungsausschuß ein Beispiel dafür ist, daß die parlamentarische Kontrolle funktioniert. Und daß wir hier Gelegenheit haben, am konkreten Fall Regeln für den Umgang zwischen Wirtschaft und Politik zu erarbeiten. Wir werden auch Gelegenheit haben, einen Anstoß für eine Reform des § 6b Einkommensteuergesetz zu geben, damit in Zukunft kein Spielraum der Verwaltung da ist, der Anlaß für unzulässige Einflußmaßnahmen bietet.

V. Zum Schluß noch ein kurzer Ausblick: Der Untersuchungsausschuß muß seine Arbeit so beenden, daß sein Bericht noch vor Beginn des nächsten Bundestagswahlkampfes diskutiert und daß ggf. gesetzgeberische Folgerungen gezogen werden können. Ich strebe deshalb an, die Arbeit des Untersuchungsausschusses bis zur Sommerpause nächsten Jahres zu Ende zu bringen. Wir

werden deshalb von September bis Weihnachten dieses Jahres an 34 Tagen Zeugen vernehmen, also auch in den sitzungsfreien Wochen. In diesem Zeitraum werden erstmals Zeugen, die der Union angehören, vernommen werden. Wegen der von mir vorhin geschilderten Art der Behandlung des Themas Flick-Spenden in den Medien wird es voraussichtlich Tage geben, an denen die SPD im Aufwind zu sein scheint; auch wenn jedem nüchtern Denkenden klar ist, daß Spenden an die Union nichts mit Einflußnahme auf die Steuerbegünstigungsanträge des Flick-Konzerns haben konnten. Darüber war in der Regierung und nicht durch die damalige Opposition zu entscheiden.

Ich möchte deswegen meinen Bericht schließen, mit der Bitte an alle: Unterstützen Sie, wo immer Sie Gelegenheit gegenüber den Medien und bei den Bürgern haben, unsere Position: Wir, die Union, können schon deshalb mit der sog. Flick-Affäre nichts zu tun haben, weil wir damals in der Opposition waren. Und zweitens: Spenden der Wirtschaft an Parteien sind etwas Zulässiges und Erwünschtes und für die Arbeit demokratischer Parteien auch etwas Notwendiges.

Bundesregierung gibt mehr Geld für Städtebau

Die Bundesregierung will die Mittel für die Städtebauförderung im kommenden Jahr erneut um 40 Millionen auf 320 Millionen Mark anheben, teilte Staatssekretär Friedrich-Adolf Jahn vom Bundesbauministerium auf dem „Deutschen Holzbautag 1984“ in Hannover mit. Erst im vergangenen Jahr waren die Mittel um ebenfalls 40 Millionen auf 280 Millionen Mark angehoben worden.

■ BUNDESWEHR

Wehrsolderhöhung: Sechs Monate früher als geplant

Der Wehrsold in allen Wehrsoldgruppen der Bundeswehr soll mit Wirkung vom 1. Oktober 1984 um eine DM pro Tag erhöht werden. Einem entsprechenden Gesetzesentwurf der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP stimmte der Deutsche Bundestag zu.

Die CDU/CSU-Fraktion ist bereit, trotz der Notwendigkeit der Haushaltsanierung und abweichend von der mit dem Haushaltsgesetz 1984 verabschiedeten mittelfristigen Finanzplanung die nächste Wehrsolderhöhung um sechs Monate vorzuziehen. Wären wir nur der bisherigen Übung gefolgt, den Wehrsold etwa alle 3½ Jahre anzupassen, dann wären wir auch der mittelfristigen Finanzplanung gefolgt, stellt MdB Markus Berger fest. Aber seit feststand, daß diese Wehrsolderhöhung zum 1. Oktober 1984 aus Mitteln des laufenden Haushaltsplanes finanziert werden könnte, haben unsere Verteidigungspolitiker nicht geruht, bis sie die Zustimmung der Gesamtfraktion für diese demonstrative Geste an unsere Grundwehrdienstleistenden erreichen konnten. Insofern ist diese Wehrsolderhöhung 1984 ein echtes Initiativgesetz, eingebracht von den Koalitionsfraktionen.

Gewiß, es hat auch eine Initiative der Opposition in diese Richtung gegeben, sogar eine weitergehende als die unsrige, aber eine, die nicht zu finanzieren war. Sie hätte den Haushalt 1984 mit zusätzlich 180 Millionen DM belastet, die dessen Rahmen gesprengt hätten.

UMWELTSCHUTZ

Kraftwerk Buschhaus soll entschwefelt werden

Die Fraktion von CDU/CSU und FDP haben am 27. 6. 84 im Deutschen Bundestag folgenden Änderungsantrag (Kraftwerk Buschhaus) eingebracht: Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß

1. das Kraftwerk Buschhaus nicht ohne Rauchgasentschwefelungsanlage in Betrieb genommen wird, wobei der in der Großfeuerungsanlagen-Verordnung festgelegte Grundwert 400 mg Schwefeldioxid pro Kubikmeter Rauchgas eingehalten werden muß,
2. bereits vor 1988, spätestens bei einer Inbetriebnahme des Kraftwerks Buschhaus, die bisherige SO₂-Gesamtemission deutlich reduziert wird,
3. spätestens ab 1988 nach dem Stand der Technik die NO_x-Emission mit dem Ziel verringert wird, auf höchstens 200 mg/m³ Abgas zu kommen,
4. alle Möglichkeiten finanzieller Unterstützung – auch auf EG-Ebene – genutzt werden.

Der Deutsche Bundestag unterstreicht die Feststellung der Bundesregierung, daß der Einbau einer Rauchgasentschwefelungsanlage nach dem neuesten Stand der Technik nicht an finanziellen Schwierigkeiten scheitern darf. Er fordert die Bundesregierung auf, die Prüfung, inwieweit finanzielle Hilfen für den Bau einer solchen Anlage zur Förderung des Umweltschutzes bereitgestellt werden können, so bald wie möglich abzuschließen.

■ MEDIENPOLITIK

Kein Anlaß zu einer post- und medienpolitischen Kurskorrektur

Der Bundesrechnungshof hat bei seiner Untersuchung im wesentlichen die von der Deutschen Bundespost 1983 anlässlich der Gebührenfestsetzung durchgeführte Investitionsrechnung akzeptiert und nachvollzogen. Der Bericht des Bundesrechnungshofes bietet keinen Anlaß zu einer post- und medienpolitischen Kurskorrektur.

Das Gutachten des Bundesrechnungshofes „Zur Wirtschaftlichkeit öffentlicher Breitbandverteilnetze“ vermittelt nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine wichtige Hilfestellung in der Diskussion um die Breitbandverkabelung. Die Bundestagsfraktion unterstützt einstimmig die Absicht des Bundespostministers, die Bundesrepublik Deutschland mit einer optimalen nachrichten-technischen Neuinfrastruktur auszustatten. Der Bundespostminister wurde von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgefordert, seine Investitions politik nach Maßgabe der vom Regierungsbericht „Informationstechnik“ vom 14. März 1984 umschriebenen Grundsätze für den Ausbau von Breitbandverteilnetzen weiterzuführen und dabei mittel- und langfristig die Rentabilität sicherzustellen.

Die Bundesregierung wird die Errichtung von Breitbandverteilnetzen entsprechend der Nachfrage nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zügig vorantreiben. Sie hält es für notwendig, daß der Bevöl-

kerung die dem Bedarf entsprechende Infrastruktur an fernmeldetechnischen Einrichtungen für die Verteilung von Fernseh- und Tonrundfunkprogrammen über Breitbandkabelnetze zur Verfügung gestellt wird. Vorrangig sollen solche Netze in den Ländern und Städten bzw. Gemeinden großflächig ausgebaut werden, in denen ein entsprechender Bedarf ermittelt wurde und wo mit der notwendigen Unterstützung bei der Durchführung seitens der Länder und Kommunen gerechnet werden kann. Je nach Intensität der Nachfrage, Finanzierungsmöglichkeiten, Renditenentwicklung und Planungskapazität werden für die Investition der Deutschen Bundespost beim Aufbau der Breitbandverteilnetze voraussichtlich jährlich zwischen ein und zwei Milliarden DM zur Verfügung stehen.

Der Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU unterstützt ebenfalls die zügige Verkabelung und die Initiativen des Bundespostministers zur Nutzung der Satellitentechnik. Insbesondere die Strategie der Deutschen Bundespost, die verschiedenen technischen Entwicklungen im Bereich der Kabelnetze, der Fernmeldesatelliten aber auch der direktstrahlenden Rundfunksatelliten mit erheblich vermehrter Kanal kapazität in einer Weise zu nutzen, daß es zu einer sinnvollen gegenseitigen Ergänzung kommt, findet die volle Zustimmung des Koordinierungsausschusses. Die Union wird auf jeden Fall ihr medienpolitisches Ziel, mehr Wettbewerb

im Programmbereich zu schaffen, auch unter sich ändernden technischen Bedingungen entschlossen weiterverfolgen. Die CDU/CSU will alle technischen Möglichkeiten, die sich aus der Kabel- und Satellitentechnik ergeben, im Interesse der Wahlfreiheit der Bürger und der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft voll ausschöpfen.

Die Deutsche Bundespost hat es außerordentlich begrüßt, daß durch das Gutachten des Bundesrechnungshofes zur Frage der Rentabilität der Breitbandverkabelung die Diskussion um die Breitbandverkabelung objektiviert und aus der politischen Grauzone herausgeführt werden kann.

Das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen hat zu dem Rechnungshofbericht u. a. wie folgt Stellung bezogen:

1. Das vom Bundesrechnungshof genannte Gesamtinvestitions-Volumen für die Breitbandverkabelung, nämlich rund 21 Milliarden DM, liegt im Rahmen der von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling mehrfach öffentlich genannten Größenordnung von 20 bis 30 Milliarden DM.

2. Die Daten des Jahres 1983, auf denen der Bundesrechnungshof seine Analyse aufbauen mußte, sind für eine langfristige Betrachtung der Rentabilität der Breitbandverkabelung untypisch. Denn die sogenannte Lernphase – die bei jedem Unternehmen kalkulatorisch berücksichtigt wird, wenn es um die Einführung neuer Produkte geht – enthält für eine korrekte langfristige Rentabilitätsrechnung zu viele Unsicherheitsfaktoren. Außerdem fehlten im Anlaufjahr 1983 ein entsprechendes Programmangebot und Planungssicherheit für Vermieter bei der Umlage der Betriebskosten mit der Folge einer zögerlichen Akzeptanz bei größeren Wohnanlagen.

3. Der Bundesrechnungshof bestätigt, daß die Deutsche Bundespost mit der strukturellen Änderung der Gebühren (Bezugspunkt der laufenden Gebühren ist die Wohneinheit, statt bisher der Übergabepunkt) und der quantitativen Anhebung unmittelbar im Frühjahr 1983 einen wichtigen Schritt in den Einstieg zur Rentabilität der Verkabelung getan hat.

4. Der Bundesrechnungshof erkennt an, daß in der derzeitigen Markterschließungsphase weitere Gebührenänderungen äußerst sensitiv zu beurteilen sind. Die Deutsche Bundespost stimmt dieser Bewertung zu und sieht deshalb insbesondere solange die mediengesetzlichen Grundlagen in den verschiedenen Bundesländern nicht geschaffen sind und damit ein zusätzliches Programmangebot nicht verfügbar ist, keinen Anlaß für kurzfristige Gebührenerhöhungen. Die Deutsche Bundespost wird langfristig bei der Festsetzung der Gebühren eine breitere zeitliche Datengrundlage und Kosteneinsparungen durch billigere Verlegemethoden einbeziehen.

5. Der Bundesrechnungshof stellt in seiner abschließenden Gesamtwürdigung zur Verkabelung fest, daß es letztlich eine politische Entscheidung ist, in welchem Umfang die Deutsche Bundespost unter Inkaufnahme erheblicher betriebswirtschaftlicher Risiken einen Beitrag zur Lösung gemeinwirtschaftlicher Aufgaben in wirtschafts-, innovations- und medienpolitischer Hinsicht leisten soll.

Rückkehrhilfe: Ein Erfolg

Etwa 100 000 ausländische Arbeitnehmer haben von dem Angebot der Bundesregierung Gebrauch gemacht und die Hilfen zur Rückkehr in ihre Heimat angenommen.

■ MUTTER UND KIND

Stiftung ist ein Baustein im Werk sozialer Familienhilfe

Der Bundestag hat mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen das Gesetz über die Errichtung einer Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ verabschiedet. Die Bundesstiftung soll den Einrichtungen der Länder zusätzliche Mittel mit dem Ziel zur Verfügung stellen, werdenden Müttern in Notlagen zu helfen. Bundesfamilienminister Heiner Geißler erklärte dazu im Deutschen Bundestag.

Die Bundesstiftung ist ein Baustein im Werk sozialer Hilfen für Familien. Dies sind die wichtigsten Elemente der Stiftung:

- unbürokratische und schnelle Hilfe (z. B. Wohnungsbeschaffung, Hilfen für die Weiterführung des Haushaltes, Betreuung des Neugeborenen etc.)
- Verzicht auf starre gesetzliche Regelungen (nicht jeder Fall läuft nach einer vorgefertigten Schablone ab oder wird nach einer solchen entschieden)
- dezentrale Hilfestellung über die einzelnen Beratungsstellen.

Die Hilfe durch die Stiftung steht nicht isoliert, sondern ist Teil des familienpolitischen Konzepts, zu dem folgende Maßnahmen gehören:

- das Erziehungsgeld (600 DM mtl. bis zur Dauer eines Jahres für alle Mütter)

- eine steuerliche Entlastung für Alleinerziehende ab 1. 1. 85 in Höhe von 4000 DM für das erste und 2000 DM für jedes weitere Kind (Abzugsfähigkeit der Kinderbetreuungskosten als außergewöhnliche Belastung)
- die Wiedereinführung des Kindergeldes für arbeitslose Jugendliche – das unter der Regierung Schmidt abgeschafft worden war.

Die Zeit von der Einbringung dieses Gesetzes bis heute ist von vielen dazu genutzt worden, Kritik und Zweifel an der Stiftung anzubringen. Tatsachen sind:

1. Finanzielle Probleme wurden in der Vergangenheit bei den Gründen für einen Schwangerschaftsabbruch am häufigsten genannt (Bericht der von der früheren Bundesregierung eingesetzten Kommission zur Auswertung der Erfahrungen mit dem reformierten § 218 aus dem Jahre 1980).
2. Es ist kein Argument, sondern ein reines Ablenkungsmanöver, wenn die Stiftung mit der Begründung abgelehnt wird, daß es Kürzungen im Haushalt gegeben hat. Dem stehen rd. 8 Mrd. DM mehr für die Familien mit Kindern gegenüber.
3. Für Hilfen aus Mitteln der Stiftung gibt es keine bestimmten Höchstbeträge.
4. Eine Erklärung, die Schwangerschaft sonst abbrechen zu wollen, ist nicht Voraussetzung für den Bezug von Leistungen nach dem Stiftungs-Gesetz.
5. Eine Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen ist selbstverständlich.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Würdiger Wechsel

Dies war ein Präsidentenwechsel ohne politische Zäsur. Anders als 1969, als sich bei der Wahl Gustav Heinemanns ein Koalitionswechsel abzeichnete, und anders als 1979, als die Opposition mit Karl Carstens ihren Kandidaten durchsetzte, waren wir Zeuge eines völlig „normalen“ Wechsels im Amt des Bundespräsidenten. Das neue Staatsoberhaupt der Bundesrepublik, Richard von Weizsäcker, wird von einer breiten Mehrheit getragen. Am 23. Mai war er auch von zahlreichen Wahlmännern aus der Opposition gewählt worden.

Der scheidende Bundespräsident beendet nun seine politische Laufbahn, sicherlich aber nicht seine Tätigkeit für das Gemeinwesen Bundesrepublik. Die Anerkennung, die ihm sein Nachfolger im Amt, die ihm Bundestagspräsident Barzel und Bundesratspräsident Strauß zollten, hat sich Karl Carstens redlich verdient. Er sei, meinte Weizsäcker, seinen Aufgaben unbeirrbar überparteilich, aber nie mit neutraler Standpunktlosigkeit nachgegangen. Barzel nannte ihn ein „Vorbild im Dienst der Demokratie“. Er hat, das darf unterstrichen

werden, unser Land mit sicherem Stil und mit Würde vertreten.

Die Harmonie mit den Parteien, die seinem Abschied einen gewissen Glanz verlieh, hatte ihn nicht ins Amt begleitet. Im sozialliberalen Regierungslager begegnete man ihm zunächst mit Mißtrauen und zweifelte an seiner Eignung für das höchste Staatsamt. Die Freien Demokraten enthielten sich bei seiner Wahl der Stimme. Die SPD stellte nach einem nicht eben erquicklichen Vorspiel Annemarie Renger gegen ihn auf. Aber Carstens überzeugte die Zweifler sehr schnell und wuchs nahezu mühelos in die Tradition seiner Vorgänger.

Die Bundesrepublik hatte – Rainer Barzel sprach es aus – Glück mit ihren Präsidenten. Von dem Maßstäbe setzenden alemannischen Liberalen Theodor Heuss bis zu dem konservativen Hanseaten Karl Carstens ist es unserer Republik in über drei Jahrzehnten gelungen, sich eine achtbare Tradition staatlicher Repräsentanz zu schaffen. Anders als in der Weimarer Zeit, hat sich dieses Gemeinwesen mit der loyalen Praktizierung einer sorgsam ausgewogenen, in förderativem Geiste gestalteten Verfassung die Grundlage geschaffen, den ersten Bürger des Staates mit Würde und Besonnenheit zu wählen.

Bonner General-Anzeiger, 2. 7. 1984

Union in Deutschland – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).
Abonnementspreis jährlich 48,- DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID